

Arbeiterbewegung von rechts? Verteilungskonflikte und neue Rechte

DER NEUE RECHTSPOPULISMUS BESETZT ZUNEHMEND DIE SOZIALE FRAGE UND DEUTET SIE IN EINEN VERTEILUNGSKAMPF UM ZWISCHEN INNEN UND AUSSEN, ZWISCHEN ZIVILISIERTEN UND VERMEINTLICH MINDERWERTIGEN KULTUREN. DAS WIRKUNGSVOLLSTE MITTEL DAGEGEN IST EINE POLITIK DER DEMOKRATISCHEN UMVERTEILUNG.

Das Jahr 2017 beginnt mit einem Ereignis, das für eine Zeitenwende stehen könnte. Mit Donald Trump hat ein bekennender Rassist und Rechtspopulist das Amt des Präsidenten der USA übernommen. Durch seinen Wahlsieg sehen sich auch in Europa all jene Kräfte bestärkt, die einen abgrenzenden, völkischen Nationalismus zu ihrem politischen Kernanliegen machen. In nahezu allen europäischen Ländern sind rechtspopulistische, teilweise auch protofaschistische politische Formationen auf dem Vormarsch. Auf der britischen Insel hat eine Kampagne, die federführend von der rechtspopulistischen Ukip betrieben wurde, ein Votum für den Brexit herbeigeführt. In Frankreich plant der Front National eine Volksabstimmung zum Austritt aus der EU. Rechtspopulisten stellen in Ungarn und Polen bereits die führende Regierungspartei. Bei der Wahl zum österreichischen Bundespräsidenten kam der unterlegene Rechtspopulist Norbert Hofer in beiden Wahlgängen auf über 45 Prozent der Wählerstimmen. In den nordischen Ländern (Finnland, Schweden, Norwegen) treiben rechtspopulistische Formationen die etablierten Parteien vor sich her. Und auch Deutschland stellt keine Ausnahme dar. Dort schreitet die rechtspopulistische Alternative für Deutschland von Wahlerfolg zu Wahlerfolg. Zuletzt ist sie in der Hauptstadt Berlin mit einem zweistelligen Ergebnis in das Parlament eingezogen. Der Sprung der Partei in den Bundestag scheint nicht mehr aufzuhalten. Während die Parteivorsitzende Frauke Petry öffentlich dafür plädiert, den Begriff des Völkischen zu rehabilitieren, schlagen gewalttätige Vigilanten in Bautzen auf Geflüchtete ein, die ihrerseits nicht bereit sind, die Opferrolle zu akzeptieren. Die Polizei reagiert mit Ausgangssperre und

Alkoholverbot – für die Geflüchteten, versteht sich. Mit Blick auf diese Konstellation hat der Philosoph Jürgen Habermas von einem «Saatsboden für einen neuen Faschismus» gesprochen. Damit hat er Recht. Um die Ursachen hervorzuheben und zu betonen, dass es sich um einen neuen Rechtspopulismus, aber – noch nicht – um Faschismus handelt, spreche ich stattdessen von einer national-sozialen Gefahr.

Das fehlende moralische Regulativ

Mit national-sozialer Gefahr ist gemeint, dass die soziale Frage nationalisiert, ethnisiert und auf diese Weise von rechts besetzt wird. Der neue Rechtspopulismus verkörpert eine Bewegung gegen die Zumutungen und Zwänge des Marktes, die neben kleinen Selbstständigen vor allem von Lohnabhängigen getragen



Klaus Dörre ist Professor für Arbeits-, Industrie- und Wirtschaftssoziologie an der Friedrich-Schiller-Universität Jena

wird und bei männlichen Arbeitern und Arbeitslosen auf überdurchschnittliche Zustimmung stößt. Dieses Phänomen ist seit langem bekannt. Formationen wie der Front National oder die FPÖ haben seit den 1990er-Jahren immer wieder spektakuläre Wahlergebnisse bei Arbeitern und in Milieus erzielt, in denen linke Parteien und Gewerkschaften über Jahrzehnte hegemonial waren. Auch Trump verdankt seinen Wahlsieg vor allem den Stimmen weisser Arbeiter aus dem Rustbelt. Arbeitermilieus zeichneten sich, wie Didier Eribon am französischen Beispiel dargestellt hat, seit jeher durch eine lose Kombination aus locker-hedonistischen Lebensformen vor allem für Männer und einer offiziellen, rigide-konservativen Moral aus, in der die Abwertung von anderen, Fremden, Unproduktiven stets angelegt war. Sexismus und Rassismus hat es in diesen Milieus immer gegeben, aber die spontane Tendenz zu exklusiver, ausschliessender Solidarität wurde durch organisierte Arbeiterbewegungen domestiziert. Wer dazugehören wollte, musste sich zumindest offiziell den moralischen Codes von Partei, Gewerkschaften und Genossenschaften fügen. In den kommunistischen Milieus war die Partei eine Lebensgemeinschaft. Wer ausgeschlossen wurde oder austrat, war isoliert. In den sozialdemokratischen Arbeitermilieus mag dieser Druck nicht ganz so ausgeprägt gewesen sein. Doch auch hier setzte man, etwa in Österreich oder im Ruhrgebiet, dem industriellen Herzen Westdeutschlands, die Karriere im Staatsbetrieb oder in der Verwaltung aufs Spiel, wenn man das richtige Parteibuch nicht



In manchen Arbeitermilieus setzte man die Karriere aufs Spiel, wenn man das richtige Parteibuch nicht besass. Das disziplinierte – auch moralisch. Mit dem Niedergang sozialdemokratischer, sozialistischer und (euro-)kommunistischer Parteien ist dieses moralische Regulativ verschwunden.

besass. All das disziplinierte – auch moralisch. Mit dem Niedergang sozialdemokratischer, sozialistischer und (euro)kommunistischer Parteien ist dieses moralische Regulativ, das bis weit hinein in die untersten Klassensegmente und die nicht organisierte Arbeiterschaft ausstrahlte, verschwunden. Der Zerfall positiv besetzter Klassenidentitäten und der mit ihnen verbundenen moralischen Bindungen hat den Weg für einen rechten Populismus freigemacht, der das entstandene Vakuum auszufüllen in der Lage ist. Die hohe Zustimmung von Arbeitern und Arbeitslosen erfolgt, obwohl die Programmatik rechtspopulistischer Formationen, wie etwa im Falle der deutschen AfD, teilweise marktradikale Elemente enthält. Wichtiges Motiv für die Wahl ist neben der Migrations- und Flüchtlingsthematik zumeist die Frage der sozialen Gerechtigkeit.

Demobilisierte Klassengesellschaften

Das Terrain, auf dem die neue Rechte agiert, ist in den entwickelten Kapitalismen das von demobilisierten Klassengesellschaften. Klassenspezifische Ungleichheiten und Schließungen nehmen in dramatischer Weise zu, aber Klassenbewegungen und organisierte Klassenpolitik von unten sind so schwach wie nie. Klassenverhältnisse wirken aber auch dann, wenn es progressiven Bewegungen und politischen Organisationen nicht gelingt, Erfahrungen

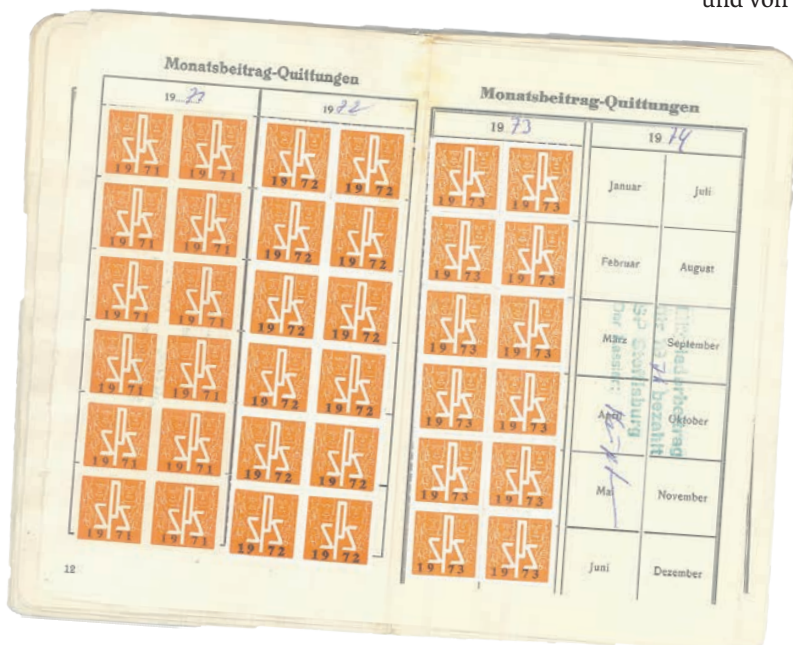
Den Sorgen der einfachen Leute kann mit linker Politik begegnet werden.

so zu bündeln, dass sie in kollektives Engagement zur Verbesserung der gemeinsamen Lebenssituation münden. Denn das Verschwinden von Klassenkategorien aus dem öffentlichen Diskurs ändert nichts daran, dass sich all jene im Stich gelassen fühlen, deren Leben mit diesen Kategorien sinnvoll zu beschreiben ist. Sofern aber politische Orientierungen fehlen, die mobilisierte Klassen hervorbringen könnten, wirken Klassenverhältnisse im Modus der Konkurrenz, infolge einer permanenten Scheidung der Gewinner von den Verlierern sowie mittels kollektiver Auf- und Abwertungen. Dabei spielt der Staat, der in modernen Kapitalismen direkt oder indirekt 40 bis 60 % des BIP verteilt, eine zentrale Rolle. Durch Zuweisung oder Beschneidung von Sozialeigentum – einem kollektiven Eigentum zur Existenzsicherung, das Lohnabhängige zu Sozialbürgern macht – nehmen Staatsaktivitäten erheblichen Einfluss auf die Klassenstrukturierung der Gesellschaft. Politische Grenzziehungen, die mit der Zuteilung von Sozialeigentum verbunden sind, bewirken Klassenbildung qua kollektiver Abwertung und Stigmatisierung sozialer Grossgruppen. Hinzu kommen kollektive Abwertungen und negative Klassifikationen, mit deren Hilfe sich die Mitglieder unterer Klassen in der Konkurrenz zu behaupten suchen.

Je auswegloser es erscheint, als ungerecht empfundene Verteilungsverhältnisse mittels demokratischer Umverteilung von oben nach unten und von den Starken zu den Schwachen zu korrigieren, desto eher tendieren Lohnabhängige spontan zu exklusiver, ausschliessender Solidarität. Das macht sie für rechtspopulistische Anrufungen empfänglich. Gerade Festangestellte, die sich in der Standortkonkurrenz in ihren Betrieben permanent auf die Probe gestellt sehen, neigen spontan zu Unduldsamkeit gegen Schwächere, vermeintlich weniger leistungsbereite Gruppen. Sie praktizieren eine exklusive Solidarität, die auf eine kollektive Ab-

wertung sozialer Gruppen durch andere hinausläuft. Statusgenerierend ist die Leistungsgemeinschaft der produktiv Beschäftigten. Wer nicht dazugehört – seien es Langzeitarbeitslose, Flüchtlinge oder Schulden machende Griechen –, hat im Zweifelsfall keinen oder doch nur einen verminderten Anspruch auf Solidarität. Der Zorn richtet sich gegen all jene, die – vermeintlich – die Bewährungsproben meiden und sich so dem Gebot der Leistungsgerechtigkeit entziehen.

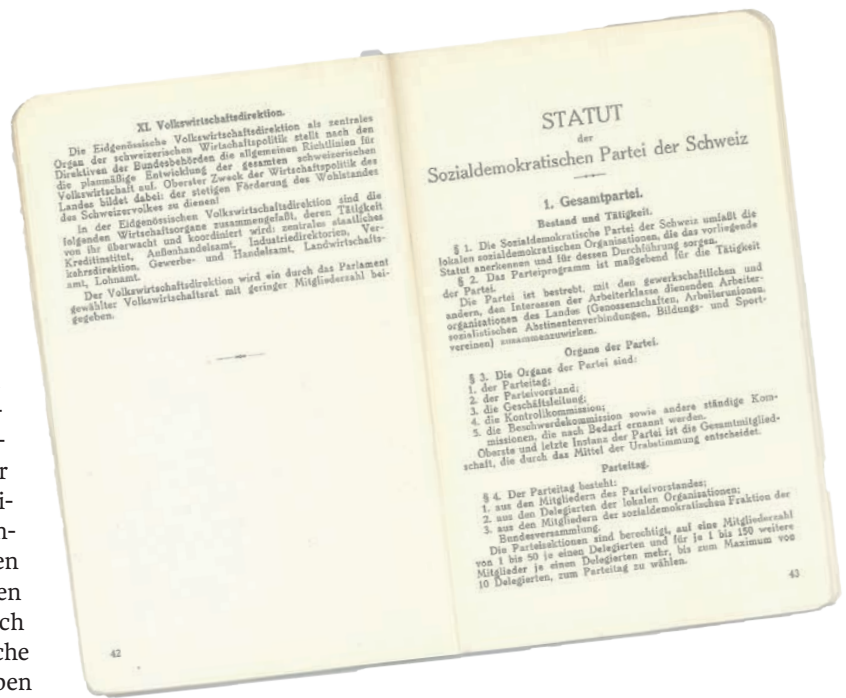
Eine grosse Herausforderung für die Gewerkschaften besteht darin, dass sich rechte Orientierungen mit Affinität zum Rechtspopulismus häufig bei aktiven Mitgliedern finden. Befragte Gewerkschaftssekretäre haben uns immer wieder darauf hingewiesen, dass die Wahl zum Jugendvertreter oder zum Betriebsrat und «Likes» bei rechtsextremen oder rechtspopulistischen Parteien durchaus keinen Widerspruch darstellen. Eine fragile gewerkschaftliche Grundüberzeugung reicht offenbar nicht aus, um das subjektive politische Weltbild von Arbeitern und Angestellten zu strukturieren. Man mag das bedauern. Ich plädiere für eine andere Sicht. Offenbar gehören die Gewerkschaften zu den wenigen demokratisch-zivilgesellschaftlichen Organisationen, die die frustrierten Lohnabhängigenmilieus überhaupt noch erreichen. In der Auseinandersetzung mit rechtspopulistischen Orientierungen haben progressive Organisationen und vor allem die Gewerkschaften einen schwierigen Spagat zu leisten. Einerseits tendieren ihre Funktionäre zu einer Politik der «klaren Kante» gegenüber Formationen, die sie als zutiefst antidemokratisch wahrnehmen. Sie schrecken teilweise nicht davor zurück, Mitglieder aus der Organisation auszuschliessen. Andererseits wollen sie sich dem Dialog mit Arbeitern und Angestellten nicht verweigern, deren Protesthaltung sie nachvollziehen können. In solchen Auseinandersetzungen dürfen Gewerkschaften, dürfen linke Parteien nicht als Establishment-Organisation wahrgenommen werden. Entsprechende Gratwanderungen sind deshalb alles andere als einfach. Wichtig ist aber, dass die Auseinandersetzung überhaupt geführt wird.



Klassenpolitik von unten

Ohne positive Klassenidentität, die zu kollektiver Widerständigkeit befähigt und Selbstachtung ermöglicht, werden die subalternen Klassen in einen Rechtsblock integriert, der den Diskurs um die soziale in einen Diskurs über die innere und öffentliche Sicherheit verwandelt. Diese Entwicklung ist brandgefährlich. Deshalb muss die politische Linke im öffentlichen Diskurs deutlich machen, dass die Verantwortung für die national-soziale Gefahr bei den Eliten des zeitgenössischen Postwachstums-Kapitalismus liegt, die Ausbeutungs- und Herrschaftsverhältnisse mit autoritären Mitteln zu stabilisieren suchen. Der relative Wohlstand in den kapitalistischen Zentrumstaaten wird häufig mittels dramatischer Ungleichheit, Prekarisierung und Unterklassenbildung erkauft. Die Antwort der Herrschenden auf eskalierende Verteilungskonflikte und wachsen-

de Unsicherheit ist ein autoritärer Staat, der die innere und öffentliche anstelle der sozialen Sicherheit in den Fokus politischen Handelns rückt. Dafür, dass es so weit kommen konnte, trägt die politische Linke Mitverantwortung. Die Idee einer strukturierenden Polarität zwischen Herrschenden und Beherrschten ist aus ihren Diskursen verschwunden. Zugleich erodierte jenes moralische Regulativ, das dem Leben in subalternen sozialer Position Würde und Sinn verlieh. Dies ist der Grund, weshalb sich grosse Teile der Unterprivilegierten rechtspopulistischen Formationen zuwenden. Das wirkungsvollste Gegenmittel gegen die Neue Rechte und deren gewalttätige Radikalisierung



ung ist daher eine Klassenpolitik von unten, die an der Wurzel des Übels ansetzt und demokratische Umverteilung nicht nur materieller Ressourcen, sondern auch von kollektiver Entscheidungsmacht auf die politische Agenda setzt. Den Sorgen der einfachen Leute, die um die Bedrohung der eigenen Lebensweise kreisen, kann mit linker Politik begegnet werden. Bernie Sanders, demokratischer Sozialist und Herausforderer von Hillary Clinton, ist der lebendige Beweis. Jeden seiner Wahlkampfauftritte leitete er mit dem Bekenntnis «I am a democratic socialist!» ein. In den USA hätte er auch sagen können: «Ich komme geradewegs aus der Hölle». Das Ergebnis der Provokation war: Junge Leute googelten, was unter demokratischem Sozialismus zu verstehen sei. Und sie fanden heraus: beispielsweise freier Zugang zu Bildung! Das fanden sie gut, und deshalb setzten sie sich für einen demokratischen Sozialisten ein. Ein Exempel, das auch für die europäische Linke überaus lehrreich ist.

ANZEIGE

**BEWUNDERT FÜR SEINE GRANDIOSE POESIE
AUF DER FLUCHT WEGEN SEINER IDEEN**

FESTIVAL INTERNATIONAL DU FILM TORONTO
CANNES 2016
NOMINATION GOLDEN GLOBE BESTER FRENDSPRACHIGER FILM

Gael García Bernal Luis Gnecco Mercedes Morán

NERUDA

Der neue Film von PABLO LARRAÍN («JACKIE»)

AB 23. FEBRUAR IM KINO

VERANSTALTUNG

Aufstieg der neuen Rechten – wie muss die Linke reagieren?

Eine öffentliche Veranstaltung der SP-Bundeshausfraktion mit **Prof. Klaus Dörre**, Politikwissenschaftlerin **Line Rennwald** und den Nationalrätinnen **Min Li Marti** und **Mattea Meyer**.
Leitung: **Roger Nordmann**, Fraktionspräsident SP.

Freitag, **17. Februar 2017**, 19–21 Uhr, anschliessend Apéro.
Eintritt frei

Campus Muristalden (Aula), Muristrasse 8, Bern (Bus Nr. 12 vom Bahnhof in Richtung Zentrum Paul Klee bis Station Liebegg in 8 Minuten)